



Liebe Nachbarn, verehrte Mitbürger!

Die Situation überrascht auf den ersten Blick. Da sitzt ein SPD Oberbürgermeister zusammen mit einer CDU Oberbürgermeisterin auf einer Pressekonferenz zu einer Sondersitzung des Deutschen Städtetages und beklagt sich über die Politik der Bundesregierung. Christian Ude als Stellvertreter und die Frankfurter CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth als Präsidentin des Deutschen Städtetages beschwerten sich gemeinsam über die Gemeindefinanzreform wie sie der Bundeskanzler zur Lösung der Finanzprobleme der Städte und Gemeinden vorgeschlagen hatte.

Was bewegt Christian Ude nun auch noch dazu, sich mit dem politischen Gegner zu vereinigen und gemeinsam gegen die eigene Bundesregierung zu kämpfen? Sicherlich weiß Christian Ude sehr genau, welcher Partei er angehört und wo er politisch

steht. Andererseits weiß er auch genau, welches Amt er inne hat und welche Aufgaben damit verbunden ist. Als Stadtoberhaupt von München ist er für die Finanzen dieser Stadt verantwortlich. Der Haushalt stellt eine der stärksten Grenzen für sein politisches Handeln dar. Die Einkünfte der Stadt kann er aber nur zum Teil selbst bestimmen. Daher ist es seine Aufgabe - und natürlich auch sein Recht - für angemessene Finanzmittel der Städte zu kämpfen. Folglich hat er auch kein Problem, in diesem Punkt mit einer CDU-Oberbürgermeisterin gemeinsame Sache zu machen.

Somit ist auf den zweiten Blick klar, dass hier die Lösung eines Problems oberste Priorität hat. Parteiräson darf keinen gemeinsamen Kampf für bessere politische Ergebnisse verhindern oder versperren. Ude hat mit Sicherheit seine sozialdemokratischen Ziele und Grundsätze nicht vergessen, aber hier vertritt er die Interessen der Städte in Sachen Gemeindefinanz.

Inhalt

2 Bericht aus dem Gemeinderat
W. Bambuch

3 Unsere Meinung
G. Jakobi

4 Familienpolitik
L. Baumüller

5 Bgm. Guggenmos zum 50sten
G. Jakobi

6 Zur Landtagswahl 2003
F.v.Xylander

Für mich ist es erfreulich, solche Politiker zu erleben. Je höher die Politikebene, desto stärker scheint der Parteien- und Gruppenzwang zu sein.

In der Gemeindepolitik jedenfalls darf die Parteipolitik keine Rolle spielen. Die Gemeinderäte sind nur den Bürgern ihrer Gemeinde verpflichtet. Dies gilt für diejenigen, die sie gewählt haben aber genauso für diejenigen, die ihnen keine Stimme gegeben haben. Ein Gemeinderat hat Lösungen zum Wohl seiner Gemeinde zu finden und dies unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit.

*Herzlichst
Petra Roth*

Bericht aus dem Gemeinderat

In den letzten Sitzungen des Bauausschusses bzw. Gemeinderats vor der Sommerpause ging es zweimal darum, welche Grenzen hinsichtlich der Baumassen für die Erteilung der Baugenehmigung zu gelten haben.

Baustop für Doppelhaus in Irschenhausen

Im diesem Fall, einem Doppelhaus an der Schmotzenbreite Ecke Irschenhauser Str., war durch Hochziehen der Raumhöhe im Dachgeschoss und durch eine aufwändige Isolierung des Daches die Grenze zum – hier nicht zulässigen - Vollgeschoss überschritten worden. Die Fragen waren jetzt: Darf dies durch eine nachträgliche Befreiung sanktioniert werden und will der Rat das gegebenenfalls?

Der Rat darf es, wenn die Grundzüge der Planung nicht betroffen werden und weitere, alternativ im Gesetz aufgezählte Befreiungsgründe vorliegen. Im Rückblick ergibt die Diskussion, dass zum Teil eine Verletzung der plangegebenen Grundzüge vorliegt. Zum anderen wäre eine Befreiung eine unververtretbare Bevorzugung vor den anderen Bauwerbern im Plangebiet. Immerhin 7 von 17 Mitgliedern des Rats sahen da keine Probleme. Auch in Gesprächen hinterher hörte man Argumente wie: 'Die Abweichung sieht man doch gar nicht' oder: 'Wer weiß, wie die Vergleichskandidaten vom Baurecht abwichen'.

Zu diesem Argument ist zu sagen, dass das unrechtmäßige Verhalten eines Dritten keine Behörde dazu zwingen könnte, einen vorliegenden Fall unkorrekt zu behandeln. Man denke sich die Konsequenzen aus! Und ob man die Abweichung sieht oder nicht, hängt vom geübten Blick des Beobachters ab, führt als Kriterium also leicht in die Willkür. Was die zweite beantragte Befreiung betrifft - die bis zu 2 Grad

überschrittene Dachneigung - bin ich der Meinung, dass diese Winkelverschiebung nur einen marginalen Einfluss auf die Raumhöhe als Vollgeschoss (oder nicht) haben kann und derart kleine Verschnitte des Dachstuhls halt leicht passieren.

Das Hauptärgernis bei diesem Projekt liegt in der Überschreitung der Vorgaben für die Wandhöhe, die ihre Ursache vor allem in der Missachtung der erforderlichen Eingrabungstiefe des Gebäudes in das Gelände hat.

Keine Waldorfschule im Haus Buchenwinkel

Der zweite Fall betraf das Haus Buchenwinkel nördlich von Dorfen. Die Waldorfschule will dort eine Schule errichten und dazu die vorhandenen Gebäude erheblich erweitern. Die Änderung der Nutzung wurde vom Gemeinderat schon am 4.11.2002 mehrheitlich (generell) befürwortet. Allerdings gehört eine solche Schulnutzung nicht zu den im Außenbereich bevorrechtigten Vorhaben (wie insbesondere die Landwirtschaft). Das heißt, sie kann nur zugelassen werden, wenn öffentliche Belange durch "Ausführung oder Benutzung" nicht beeinträchtigt werden. Die Waldorfschule wollte das Haupthaus aber zuletzt um 44% erweitern. Also wieder ein Baumassenproblem. Prompt hörte man auch hier das Argument, diese Erweiterung sei wegen der rundum stehenden Bäume doch gar nicht zu sehen! Als dauerhaftes Versteck für zu große Gebäude sind Bäume nicht geeignet. Die Gemeinde lehnte eine Erweiterung in diesem Ausmaß ab.

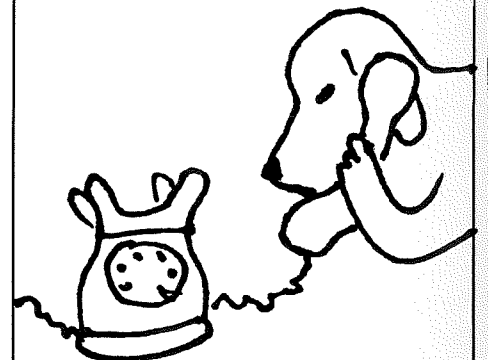
Das Gewünschte muss auch zulässig sein

Die Freude über die in beiden Fällen sinnvolle Nutzung (ein Doppelhaus für zwei einheimische Familien einerseits, eine weitere Bildungseinrichtung für Icking andererseits) konnte für den Gemeinderat jedenfalls kein Anlass sein, die gesetzlichen Vorgaben zu vernachlässigen.

Wolfgang Bambuch

Schwere Zeiten für Hunde

(Achtung! Nottelefon: 920000)



Wau, wau,ist dort das Amt für öffentliche Ordnung?
Was soll ich tun, ich muss mal?

P.s.:

Wussten Sie, dass ...
Canifarciminologie die Wissenschaft der sogenannten Hundewürste ist?

IMPRESSUM:

Ickinger Schaukasten Aug 71 – Sept. 03
Herausgegeben von der Ickinger SPD
V.i.S.d.P.:
Ralph Herbig, Dorfen, AttenhauserStr.: 10
Redaktion:
A. v.Hofacker, G. Jakobi, E.v. Savigny

Druck:Fa. Paetzmann, Wolftratshausen

Unsere Meinung

**Immer wieder Ärger mit der Einhaltung der Planungsvorgaben.
Bauvorhaben in Irschenhausen erregt Bauherren, Nachbarn und Gemeinderat.**

Gerade ist in der Irschenhauser Straße ein Wohngebäude im Wert von einigen Hunderttausend Euro nach seinem Umbau und einer Streitdauer von mehreren Jahren unbenutzt dem Erdboden gleich gemacht worden, da der Bauherr die vorgeschriebene Gebäudehöhe wesentlich überschritten und damit privates Recht verletzt hatte.

In just der gleichen Straße hat die Gemeinde nun schon wieder einen Fall von Nichteinhaltung der gemeindlichen Planungsvorgaben. In den Tageszeitungen und in nebenstehendem Artikel von W. Bambuch wurde darüber berichtet. Die Häufigkeit solcher Fälle wirft Fragen auf.

Warum ignorieren Bauherren und ihre Architekten ständig die Auflagen des Bebauungsplanes und die Festsetzungen der Baugenehmigung?

Nun, einmal gibt es Menschen, die nicht bereit sind, ihre individuellen Vorstellungen zur Gestaltung Ihres Domizils mit den Vorgaben für die Gestaltung des gesamten Ortsbildes und die Berücksichtigung nachbarschaftlicher Interessen in Einklang zu bringen. Da werden dann bewusst Fakten geschaffen nach der Methode; 'erst mal machen, abgerissen wird in Bayern

nicht so schnell und eine evtl. Strafe zahlen wir aus der Portokasse.

Zum anderen kann man den Ärger manches Bauwerbers verstehen, wenn die Sinnfälligkeit einer Auflage nicht erkennbar ist und wenn einfalllose Gestaltungsvorschriften zu phantasieloser Uniformität im Baugeschehen führen.

Wenn also - wie zu beobachten - Bauherren sich über die von den Bürgern selbst aufgestellten Regeln - denn das sind die vom Gemeinderat unter Beteiligung der gesamten Öffentlichkeit erarbeiteten Bebauungspläne - rigoros hinwegsetzen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn Rat und Behörden ihre (ohnehin schwachen) Möglichkeiten ausschöpfen, um generell auf Einhaltung dieser Regeln zu drängen. Hier muss man dem Bürgermeister und seinen Ratskollegen uneingeschränkt Recht geben, wenn sie ihr nachträgliches Einverständnis für solche Abweichungen verweigern. Das ist schade, weil es sich im eingangs zitierten Fall um einen sehr intelligenten und ökologisch sinnvollen Entwurf handelt.

Individuelle Gestaltungsfreiheit – notwendige Reglementierung: Ein Widerspruch?

Die andere, m. E. genauso wich-

tige Frage ist die nach der Qualität der Bauvorschriften. Wie sinnvoll und kreativitätsfördernd sind z.B. unsere Bebauungspläne? (Wenn sie denn überhaupt vorhanden sind!). Wie viel Fachkompetenz findet sich in den Planungs- und Genehmigungsinstanzen? Das soll keine versteckte Kritik am Fachwissen der Bauausschuss- oder Gemeinderatsmitglieder sein; die kommen schließlich aus allen möglichen fachfremden Berufen. Hier wünscht man sich allenfalls, der eine oder andere würde dieses (unvermeidbare) Manko durch besondere Sorgfalt und Sensibilität bei den Entscheidungsfindungen im Gestaltungsbereich ausgleichen.

Reglementierung ist für eine harmonische, stimmige Ortsgestaltung unverzichtbar und muss auch sozialen Ansprüchen genügen. Vielleicht fehlt es aber im Planungs- und Genehmigungsprozess teilweise an der fachlich fundierten Fähigkeit, den schmalen Weg zwischen individueller Gestaltungsfreiheit und –vielfalt und notwendiger Reglementierung zu finden.

Eine qualifiziertere Bauleitplanung würde dann auch mehr Akzeptanz bei den Bürgern finden.

Gerhard Jakobi

**Am 21. September auf jeden Fall zur Wahl gehen,
oder Briefwahlunterlagen anfordern**

..... und SPD wählen!

„Familienpolitik in Bayern – Sackgasse oder Zukunft?“

Zur Podiumsdiskussion der Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
am 18. 7. 2003 in Wolfratshausen

Die Position der KAB

Die Kreisvorsitzende der KAB **Gisela Sedlmeyer** (Icking) erläutert die Position der KAB:

Die KAB ist schon lange der Meinung, dass alle gemeinsam endlich nach geeigneten Wegen suchen müssten, um Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen.

Der Versorgungsgrad bei Kinderkrippen in Bayern liegt gerade mal bei 3%. Bei Kindergärten sieht es mit 95% zwar besser aus, aber diese Statistik gilt nicht in den Ballungsräumen.

Als „trübsinnig“ bezeichnet die KAB die Tatsache, dass von 29 Ganztagschulen 22 in privater Hand seien und somit Bayern auf dem 15. Platz von 16 Bundesländern stehe. Die Folge des mangelnden Angebots sei, dass Frauen, die berufstätig sein wollen oder müssen, sich gegen Kinder entscheiden müssten.

Die KAB appelliert an die Politiker, einzusehen, dass die Gesellschaft dringend auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist, aber eine Möglichkeit für Frauen geschaffen werden muss, sich für Kind und Karriere entscheiden zu können.

Alternative Erfahrungen einer ZuhörerIn

Von Lore Baumüller

Der Gedanke an Ganztagschulen bietet sich an. Unsere Familie hat zu diesem Thema schon eigene Erfahrungen gemacht: In den 70er Jahren waren wir von schwedischen Freunden in ihr Sommerhäuschen eingeladen. Unsere

Kinder und die beiden Töchter unserer Freunde waren alle noch schulpflichtig. Aus ihren Erzählungen konnten wir das skandinavische Ganztags-Schulsystem kennen und schätzen lernen:

Am Morgen verließen die Eltern (die aus finanziellen Gründen beide berufstätig sein mussten und wollten) und die Kinder gemeinsam das Haus, um sich am späten Nachmittag wieder daheim zu treffen. Die Eltern konnten tagsüber ihrem Beruf nachgehen, denn sie wussten ihre Kinder in der Schule gut aufgehoben. Der spätere Nachmittag und Abend gehörte der Familie, man las, spielte, musizierte gemeinsam. Es gab keine Vokabel-Abfragerei, kein „erklär mir bitte die Mathe“ etc., wie wir das von daheim gewohnt waren und wie es uns auch rasch wieder einholte, als wir zu Hause waren. Da wehte nämlich ein anderer Wind: Der Nachmittag war ausgefüllt mit Hausaufgaben-Überwachung.

„Es ist die reine Notwehr“, sagte mir ein Lehrer vom Ickinger Gymnasium einmal. „Wir müssen einfach auf die Mithilfe der Eltern (sprich: Mütter) zurückgreifen oder teure Nachhilfen empfehlen, sonst schaffen wir das Pensum nicht.“ In all den Jahren seither hat sich nichts geändert. Zwar gibt es Ganztags-Schulen, die meist sehr gut, aber in privater Hand und daher teuer sind. Die Eltern müssen tief in die Taschen greifen und das kann nicht jeder.

Die KAB als Anwalt für Eltern und Kinder

Erfreulicherweise nimmt sich die KAB dieses Themas an. So setzt sich Frau Cornelia Irmer (KAB

Geretsried) sehr für Ganztags-Schulen ein: „Von Eltern und Kindern fällt gleichermaßen der Schul-Druck. Ein entlastetes Familienleben wird möglich. Wir haben derzeit eine sehr gut ausgebildete Frauen-Generation, deren Fähigkeiten nicht brachliegen dürfen.

Das traditionelle Frauenbild (wie es Vertreter der CSU immer noch für das beste halten) hat sich verändert. Es geht nicht an, dass qualifizierte Frauen auf der Strecke bleiben, nur weil der Schulstress zum Familienproblem wird.“

Ich jedenfalls wünsche aus meiner eigenen Erfahrung und der meiner Generation, dass unsere Töchter und Schwiegertöchter durch die Einrichtungen von Ganztags-schulen frei in ihren Entscheidungen sein können.

Bezirkstagswahl 2003

Die Bezirkstage der einzelnen Regierungsbezirke in Bayern sind nach Gemeinden, Landkreisen und Städten die dritte kommunale Ebene. Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben liegt im sozialen Bereich. Über einige wichtige Themenfelder der Bezirkstagsarbeit und die Ziele der SPD informiert Sie der beiliegende Flyer der Bezirkstagskandidatin unseres Stimmkreises

Gabriele Skiba

Geben Sie bitte der SPD für den Bezirkstag Oberbayern am 21. September Ihre Stimme, denn auch hier gilt:

Macht braucht Kontrolle!

Bürgermeister Hubert Guggenmos wurde 50

Es sind zwar schon einige Tage seit diesem freudigen Ereignis vergangen, aber das ist für den Schaukasten die erste Gelegenheit, nachträglich, doch nicht minder herzlich zu gratulieren!

Es gibt Grund genug, unserem Bürgermeister an diesem vielleicht schönsten 'runden Geburtstag' ein besonderes 'Glück auf!' zuzurufen. Ist doch der Fünzigste der Geburtstag, an dem man schon mal zurückblicken darf auf das, was man geschafft hat und gleichzeitig noch mutig nach vorne schauen kann.

Der Rückblick zeigt eine beachtliche und nicht selbstverständliche Karriere. In seinem selbst verfassten Kurzlebenslauf sieht man vom Startpunkt - einem kleinen Allgäuer Bauernhof (s. Foto) - seinen Weg über verschiedene Ausbildungs- und Arbeitsstätten (überwiegend bei der Post), der ihn bald von zuhause weggeführt hat, bis

nach Icking. Dass er sich 1990 als Einsteiger bei der Bürgermeistereiwahl gegen vier erfahrene Gemeinderäte durchgesetzt und seitdem keinen Gegenkandidaten mehr gefunden hat, ist ein Zeichen der Anerkennung, die er bei den äußerst anspruchsvollen Bürgern dieses Nobelortes gefunden hat. Und dass dies alles ohne optimale Startbedingungen und ohne 'Fremdhilfen' gelungen ist, verdient besonderen Respekt.

Der 'Guggi' ist dabei ein freundlicher und integerer Mensch geblieben, der die Dinge um sich herum sehr sensibel wahrnimmt. Trotzdem kann er mit politischer Auseinandersetzung - die wir vom Schaukasten ihm ja auch gelegentlich anbieten - umgehen. Die Sympathie, die ihm begegnet, mag auch damit zu tun haben, dass er sich und sein Tun immer wieder mal infrage stellen kann und dennoch weiß, was er will.

Und das ist gut so. -



Sieht noch nicht wie ein Bürgermeister aus

Wir wünschen ihm für seine Zukunft weiterhin Glück und ein gutes Händchen für die verantwortungsvolle Tätigkeit im Rathaus.

Gerhard Jakobi

Kompliment an die KAB

Fabian von Xylander,

der als Diskussionsteilnehmer mit auf dem Podium der nebenstehenden Veranstaltung saß, schreibt uns Folgendes:

"Die Veranstaltung der KAB war eine rundherum gelungene Veranstaltung. Den Initiatoren möchte ich herzlich dafür danken, dieses so wichtige Thema aufgegriffen zu haben. Frau Cornelia Irmer (KAB Geretsried) hat die mangelhafte Situation bei den Kinderkrippen, Kindergärten und -horten sowie

den Ganztagschulen in Bayern auf dem Podium überzeugend mit Zahlen belegt.

Die bayerische SPD setzt sich daher für einen Ausbau der Kinderbetreuung und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulplätzen ein. Es geht nicht darum, die traditionelle Familie für überholt zu erklären, sondern den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen. Es geum Entfaltungsräume und Förde-

rungsmöglichkeiten für Kinder, Freiräume für Frauen und eine familienfreundliche Infrastruktur.

Noch ein Glückwunsch an die KAB: Sie hat es geschafft, alle Landtagskandidaten und -kandidatinnen an einen Tisch zu bekommen. Die Demokratie lebt nun einmal von der Diskussion und Auseinandersetzung um die besten Lösungen.

Deshalb vielen Dank für die Einladung!"

Genauer hinschauen!

Fabian v. Xylander zur Landtagswahl am 21. September

Liebe Ickingerinnen, liebe Ickinger!

Am 21. September wählen Sie einen neuen Landtag. Glaubt man den Medien und den Umfragen, so scheint die Wahl längst gelaufen. Es geht angeblich nur noch darum, ob und wie deutlich die CSU über 60 % kommt, ob sie die Zweidrittelmehrheit der Mandate erreicht und wie hoch die Wahlbeteiligung ausfallen wird.

Wählen heißt mitgestalten

Ich möchte Sie dringend bitten, am 21. September zur Wahl zu gehen. **Sie** entscheiden über die Landespolitik der kommenden fünf Jahre. Es muss dabei bleiben, dass die Politik durch Wahlen und nicht etwa durch Umfragen bestimmt wird. Schon jetzt schießen viel zu viele Politiker nur mehr auf Stimmungen und die Momentaufnahmen aktueller Umfragen. Von dieser Kritik will ich so manchen Vertreter meiner Partei gar nicht ausnehmen. Vor allem aber möchte ich Sie bitten, genauer hinzuschauen, bevor Sie am 21. Ihre Wahl treffen. Erlauben Sie mir dazu einige Fragen, von denen ich glaube, sie sollten bei Ihrer Entscheidung eine Rolle spielen:

Worauf kommt es an?

- Geht es bei Landtagswahlen um die Landespolitik, z.B. um Schul- und Bildungspolitik, oder darum, die Arbeit der Bundesregierung zu bewerten u. zu korrigieren?
- Verleitet die jahrzehntelange Alleinherrschaft einer Partei nicht zu Selbstherrlichkeit und Filz? Würde dies bei einer möglichen Zweidrittelmehrheit nicht nur noch schlimmer werden?
- Lebt Demokratie nicht auch davon, dass es eine starke Opposition gibt, die die Regierung

antreibt? Braucht Demokratie nicht auch den – zumindest denkbaren – Regierungswechsel?

- Kann man sich wirklich auf dem relativ guten Ergebnis der PISA-Studie ausruhen,

- wenn Bayern die geringste Abiturientenquote aufweist,

- wenn in keinem anderen Bundesland der Schulabschluss so stark vom Bildungsniveau bzw. Einkommen der Eltern abhängt,

- wenn es 1. Klassen mit über 30 Schülern gibt, in denen individuelle Förderung der Schüler kaum noch möglich ist und

- wenn privater Nachhilfeunterricht zur weit verbreiteten Praxis gehört?

- Lassen sich für junge Familien und insbesondere Frauen Beruf und Familie vereinbaren, wenn es zu wenig Einrichtungen zur Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) und zu wenig Angebote an Ganztageseschulplätzen gibt?

- Ist der Verweis auf die Sünden der Bundesregierung bei den Kommunalfinzen glaubhaft, wenn die CSU-Staatsregierung ihren Haushalt zu Lasten der hoch

verschuldeten bayerischen Kommunen saniert, bewilligte Zuschüsse erheblich verspätet auszahlt (Wasser, Abwasser) bzw. schleichend reduziert (Schülerbeförderung) und die Gemeinden und Landkreise bei vielen Aufgaben finanziell im Regen stehen lässt (6-stufige Realschule, PC-Ausstattung der Schulen, Mittagsbetreuung, Schulsozialarbeit)?


- Wäre es für unseren Stimmkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen (110) nicht von Vorteil, nicht nur durch den Ministerpräsidenten, sondern auch durch einen SPD-Stimmkreisabgeordneten im Bayerischen Landtag vertreten zu sein?

Ich hoffe, Sie kommen am Ende zu der Überzeugung, dass mit einer stärkeren SPD in Bayern nicht alles anders, manches aber durchaus besser werden könnte.

Und bitte, gehen Sie auf jeden Fall zur Wahl.

Herzlichst

Ihr



Fabian v. Xylander

Und so wird's gemacht:

Landtags- und Bezirkstagswahlen

Sie werden am Wahltag für beide Wahlen **jeweils zwei** Stimmzettel bekommen. Einen kleinen für die Erststimme und einen größeren für die Zweitstimme.

Mit der **Erststimme** wählen Sie direkt den Bewerber für Ihren Stimmkreis. Mit der **Zweitstimme** können Sie einen weiteren Bewerber auf der Liste ankreuzen.

Bei allen Kandidaten werden Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt. Die Summe der **persönlich erzielten Stimmen** – und nicht der ursprüngliche Listenplatz – entscheidet darüber, wer über die Liste in den Landtag oder Bezirkstag einzieht!

Stärken Sie die Kandidaten der SPD aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Geben Sie ihnen Ihre beiden Stimmen!

Unsere Meinung

**Immer wieder Ärger mit der Einhaltung der Planungsvorgaben.
Bauvorhaben in Irschenhausen erregt Bauherren, Nachbarn und Gemeinderat.**

Gerade ist in der Irschenhauser Straße ein Wohngebäude im Wert von einigen Hunderttausend Euro nach seinem Umbau und einer Streitdauer von mehreren Jahren unbenutzt dem Erdboden gleich gemacht worden, da der Bauherr die vorgeschriebene Gebäudehöhe wesentlich überschritten und damit privates Recht verletzt hatte.

In just der gleichen Straße hat die Gemeinde nun schon wieder einen Fall von Nichteinhaltung der gemeindlichen Planungsvorgaben. In den Tageszeitungen und in nebenstehendem Artikel von W. Bambuch wurde darüber berichtet. Die Häufigkeit solcher Fälle wirft Fragen auf.

Warum ignorieren Bauherren und ihre Architekten ständig die Auflagen des Bebauungsplanes und die Festsetzungen der Baugenehmigung?

Nun, einmal gibt es Menschen, die nicht bereit sind, ihre individuellen Vorstellungen zur Gestaltung Ihres Domizils mit den Vorgaben für die Gestaltung des gesamten Ortsbildes und die Berücksichtigung nachbarschaftlicher Interessen in Einklang zu bringen. Da werden dann bewusst Fakten geschaffen nach der Methode; 'erst mal machen, abgerissen wird in Bayern

nicht so schnell und eine evtl. Strafe zahlen wir aus der Portokasse.

Zum anderen kann man den Ärger manches Bauwerbers verstehen, wenn die Sinnfälligkeit einer Auflage nicht erkennbar ist und wenn einfalllose Gestaltungsvorschriften zu phantasieloser Uniformität im Baugeschehen führen.

Wenn also - wie zu beobachten - Bauherren sich über die von den Bürgern selbst aufgestellten Regeln - denn das sind die vom Gemeinderat unter Beteiligung der gesamten Öffentlichkeit erarbeiteten Bebauungspläne - rigoros hinwegsetzen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn Rat und Behörden ihre (ohnehin schwachen) Möglichkeiten ausschöpfen, um generell auf Einhaltung dieser Regeln zu drängen. Hier muss man dem Bürgermeister und seinen Ratskollegen uneingeschränkt Recht geben, wenn sie ihr nachträgliches Einverständnis für solche Abweichungen verweigern. Das ist schade, weil es sich im eingangs zitierten Fall um einen sehr intelligenten und ökologisch sinnvollen Entwurf handelt.

Individuelle Gestaltungsfreiheit – notwendige Reglementierung: Ein Widerspruch?

Die andere, m. E. genauso wich-

tige Frage ist die nach der Qualität der Bauvorschriften. Wie sinnvoll und kreativitätsfördernd sind z.B. unsere Bebauungspläne? (Wenn sie denn überhaupt vorhanden sind!). Wie viel Fachkompetenz findet sich in den Planungs- und Genehmigungsinstanzen? Das soll keine versteckte Kritik am Fachwissen der Bauausschuss- oder Gemeinderatsmitglieder sein; die kommen schließlich aus allen möglichen fachfremden Berufen. Hier wünscht man sich allenfalls, der eine oder andere würde dieses (unvermeidbare) Manko durch besondere Sorgfalt und Sensibilität bei den Entscheidungsfindungen im Gestaltungsbereich ausgleichen.

Reglementierung ist für eine harmonische, stimmige Ortsgestaltung unverzichtbar und muss auch sozialen Ansprüchen genügen. Vielleicht fehlt es aber im Planungs- und Genehmigungsprozess teilweise an der fachlich fundierten Fähigkeit, den schmalen Weg zwischen individueller Gestaltungsfreiheit und -vielfalt und notwendiger Reglementierung zu finden.

Eine qualifiziertere Bauleitplanung würde dann auch mehr Akzeptanz bei den Bürgern finden.

Gerhard Jakobi

**Am 21. September auf jeden Fall zur Wahl gehen,
oder Briefwahlunterlagen anfordern**

..... und SPD wählen!